

EIDGENOESSISCHES POLITISCHES
DEPARTEMENTVertraulich

Ba - 3. Mrz 76 11.

p.B.15.21.GB.(3).-WA/CA/au

Besuch von Staatsminister Roy Hattersley
in der Schweiz vom 18. - 20. Februar 1976

A u f z e i c h n u n g

der Arbeitssitzung im Bundeshaus (Saal W 240)
vom 18. Februar 1976 15.00 - 18.00 Uhr

An der in Englisch geführten Besprechung beteiligen sich

auf schweizerischer Seite:

Botschafter Albert Weitnauer	Generalsekretär EPD
Botschafter Paul Jolles	Direktor der Handelsabteilung EVD
Botschafter Anton Hegner	Chef der Politischen Abteilung I
Minister Jean Cuendet	Chef des Politischen Sekretariats
Minister Jean Zwahlen ***	Chef des Finanz- und Wirtschaftsdienstes
HH.Franz Blankart **	Chef des Integrationsbüros
Claudio Caratsch	Stellvertreter des Chefs der Politischen Abteilung I
Armin Kamer ***	Diplomat.Adjunkt, Direktion für internationale Organisationen
André Vallon **	Diplomat.Adjunkt, Polit.Abtlg.I
Hansjörg Renk *	Stellvertreter des Chefs des Politischen Sekretariats
Kurt Wyss	Diplomat.Mitarbeiter, Polit.Abt.I, (Aufzeichnung)

auf britischer Seite:

The Rt Hon Roy Hattersley	MP, Staatsminister im FCO
Sir John Wraight	Botschafter in Bern
HH.Patrick Grier	Botschaftsrat
Malcolm d'Ath	Assistant, Private Secretary to Mr. Hattersley

*anwesend bei Diskussion von Punkt 2

**	"	"	"	"	"	3/4
***	"	"	"	"	"	5

Traktandenliste

1. Bilaterale Beziehungen
2. KSZE und Entspannung
3. Politische Zusammenarbeit der Neun und europäische Zusammen-
arbeit im Rahmen des Europarates
4. Beziehungen Europa-Vereinigte Staaten
5. Probleme der Nord-Süd-Konferenz
6. Verschiedenes

* * *

Herr Weitnauer heisst Staatsminister Hattersley und seine Delegation willkommen und erinnert an die verschiedenen offiziellen Besuche, die in letzter Zeit stattfanden bzw. für dieses Jahr vorgesehen sind, und die zusammen mit den Beziehungen auf wirtschaftlichem, kulturellen und zwischenmenschlichem Gebiet Zeugnis von dem freundschaftlichen Verhältnis ablegen, wie es zwischen den beiden Ländern herrscht. Er erkundigt sich nach den Wünschen für die Traktandenliste der heutigen Besprechung.

Herr Hattersley dankt für die freundlichen Willkommensworte und ist mit der vorgeschlagenen Traktandenliste einverstanden. Er sieht die Bedeutung seines Besuches nicht zuletzt darin, einer Tendenz u.a. von seiten gewisser Journalistenkreise entgegenzuwirken, die Grossbritanniens Rolle in Europa ausschliesslich innerhalb der Neun sehen wollen.

1. Bilaterale Beziehungen

f.B. 15.21.98.

Herr Weitnauer gibt einleitend seiner Befriedigung darüber Ausdruck, dass der gute Stand unserer bilateralen Beziehungen kaum zu Bemerkungen veranlasse. Er erwähnt, dass die Handelsbilanz im vergangenen Jahr einen Ueberschuss zugunsten von Grossbritannien aufweist. Was Zypern anbelangt, so mag wohl die Feststellung, dass sich der schweizerische Beitrag zur UNFICYP seit 1964 auf insgesamt über 10,5 Mio Fr. beläuft, die britische Seite interessieren.

Herr Hattersley bemerkt hinsichtlich des Handelsaustauschs, dass er bei seinen Auslandsbesuchen nur allzu selten in der Lage sei, einen britischen Handelsüberschuss festzustellen. In Sachen Rechtshilfe drückt er den Dank seiner Regierung für die schweizerische Mitarbeit aus, was zu einer merklichen Besserung der Lage auf diesem Gebiet geführt hat.

4.B.72.9.15.1.

- 3 -

2. KSZE und Entspannung

Herr Weitnauer ist der Auffassung, dass es im jetzigen Zeitpunkt noch verfrüht sei, ein endgültiges Urteil über Erfolg oder Misserfolg der KSZE zu fällen. Immerhin fällt auf, dass die osteuropäischen Staaten (mit Ausnahme der Sowjetunion) vermehrte Anstrengungen unternehmen, um die offiziellen Kontakte mit der Schweiz zu intensivieren. Ende 1976/anfangs 1977, nicht zuletzt im Hinblick auf die Belgrader Konferenz, wird er sich zu einem Besuch nach Ungarn begeben. Anlässlich ihrer ersten Besuche sind alle osteuropäischen Botschafter auf die KSZE und insbesondere auf Korb III, zu sprechen gekommen.

Mit Befriedigung wurde zur Kenntnis genommen, dass die NATO-Manöver angekündigt wurden. Als erfreulich ist auch die kürzliche Meldung der sowjetischen Manöver zu bezeichnen; bleibt nur zu hoffen, dass in Zukunft auch solche an der Westgrenze gemeldet werden. Die Schweiz hat übrigens in Übereinstimmung mit den diesbezüglichen KSZE-Bestimmungen ihre AK-Manöver vom November 1975 ebenfalls angekündigt.

Was den schweizerischen Handel mit den Oststaaten anbelangt, ist er nicht sehr bedeutend. Unsere Ausfuhr nach diesen Ländern macht weiterhin nur etwa 5% unseres Gesamtexportes aus. Immerhin wird in Kürze interessierten Schweizer Geschäftsleuten eine Broschüre abgegeben, welche auf die in "Korb II" enthaltenen Möglichkeiten zur Erleichterung von Geschäftskontakten mit den Oststaaten aufmerksam machen soll.

Wir streben an, dass sich die zwischenmenschlichen Beziehungen auf natürliche Weise entwickeln. In Moskau wird über die Ausstellung von Visa mit mehrfachen Ein- und Ausreisen für in Moskau akkreditierte Schweizer Journalisten verhandelt. Was die angekündigte Verteilung von westlichen Zeitungen in der Sowjetunion anbetrifft, haben wir bisher keine genauen Auskünfte; es heisst "Le Monde" liege in einigen Exemplaren auf, doch ist kaum damit zu rechnen, dass unsere wichtigeren Schweizer Zeitungen, wie NZZ, frei erhältlich würden. In Anbetracht des grossen Interesses, welches die britische Delegation in Genf dieser Frage beimass, können Sie vielleicht zusätzliche Angaben machen.

Herr Hattersley: Wir sind mit Ihnen der Ansicht, dass die KSZE jetzt noch nicht abschliessend beurteilt werden kann. Wir vermeiden jede öffentliche Stellungnahme, die als aggressiv eingestuft werden könnte. Persönlich bin ich jedoch skeptisch, weil Zweifel an der sowjetischen Bereitschaft bestehen, den Bestimmungen der Schlussakte nachzuleben. Die Sowjetunion hat wohl Manöver angekündigt, der NATO-Beitrag zu den CBM ging jedoch über den blossen Buchstaben hinaus.

Im Korb III hat es wohl eine gewisse Lockerung auf dem Gebiet der Information gegeben: so liegen 40 Exemplare der

"Financial Times" in Moskau in Touristenhotels auf, was besser ist als überhaupt nichts. Es besteht auch eine Abmachung betreffend Mehrfachvisa für in Moskau akkreditierte Journalisten; und dies ist jedoch nur ein erster Schritt. Die Reisehindernisse für Berichterstatter sind beispielsweise immer noch nahezu untragbar.

Die Sowjetunion verschliesst sich weiterhin allen Fragen der menschlichen Beziehungen. Was die Familienzusammenführungen betrifft, hat sich der sowjetische Botschafter in London sogar geweigert, eine Liste hängiger Fälle entgegenzunehmen, ein schlechtes Anzeichen für die Zukunft.

Die Sowjetunion hat zwar mit der KSZE die formelle Anerkennung der bestehenden Grenzen erreicht; dies hat jedoch keine materielle Bedeutung, weil diese Grenzen bereits vorhanden waren und mit wirkungsvollen Mitteln verteidigt wurden. Die Sowjetunion scheint aber gewillt zu sein, den Propagandakrieg auszudehnen indem sie paneuropäische Konferenzen technischer Art (Transportwesen, Energie, Umweltschutz), propagiert, die es ihr erlauben würden, sich propagandistisch mit den Entspannungsbemühungen zu identifizieren.

Der britische Handelsaustausch mit den COMECON-Staaten hat sich im Verlaufe der letzten zwei Jahre verdoppelt. Dabei ist aber nicht unbedenklich, dass westliche Firmen teilweise zur Annahme von Kredit- und Handelsbedingungen gedrängt werden.

Als NATO-Staat empfindet Grossbritannien eine Diskrepanz zwischen der merklichen Besserung in den Ost-West-Beziehungen und der weiterbestehenden Notwendigkeit der NATO-Verpflichtungen. Wir dürfen in der Öffentlichkeit nicht den Glauben aufkommen lassen, dass irgend etwas, das in Helsinki geschah automatisch eine Herabsetzung der Verteidigungsbereitschaft und der Verteidigungsausgaben rechtfertigen könnte.

Herr Weitnauer: Die SALT- und MBFR-Verhandlungen sind für uns ebenfalls von Interesse. In der Schweiz stehen wir der Entspannung skeptisch gegenüber. Wie Kissinger mal sagte, sollte für das, was man unter diesem Ausdruck versteht, überhaupt ein passenderer Ausdruck gefunden werden. Im Grunde ist détente nämlich nichts anderes, als dass sich die Supermächte mit ihrem atomaren Vernichtungspotential gezwungen sehen, zu einer Uebereinkunft zu kommen. Das sowjetische Engagement in Angola kann kaum mit Entspannung in Verbindung gebracht werden. Ist es wohl ein Zufall oder nicht, dass sich "Angola" ausgerechnet in einem US-Wahljahr zutragen konnte (cf. Ungarn 1956!). Im Grunde hat sich die sowjetische Grundhaltung seit Chruschtschew ("Wir werden Euch begaben") kaum wesentlich geändert.

Herr Hattersley ist ebenfalls skeptisch hinsichtlich der MBFR-Verhandlungen. Es wäre bereits ein Erfolg, falls die Gespräche mit Abrüstung ohne wesentliche Sicherheitseinbusse enden würden.

Der westlichen Verhandlungsposition droht eine Gefahr von der öffentlichen Meinung her. Kissinger könnte sich einer Illusion hingeben, wenn er meint, dass sich die gegenseitigen Angebote annähern werden. Moskau sieht keine Veranlassung, seine Streitkräfte bis auf das Niveau der NATO abzubauen. Der Westen kann jedoch keineswegs über das Angebot "Option III" hinaus gehen. Dies könnte die Verhandlungen blockieren. Die westlichen Regierungen sollten deshalb rechtzeitig die Öffentlichkeit auf einen möglichen Misserfolg der MBFR vorbereiten. Ein Scheitern der MBFR ist auf jeden Fall einer Preisgabe von günstigen Verhandlungspositionen vorzuziehen. Ähnliches gilt für die SALT - deren "technicality" übrigens schwer verständlich ist - mit dem Unterschied allerdings, dass hier für die USA wesentlich mehr auf dem Spiel steht; dementsprechend sind sie auch weniger grossem Druck ausgesetzt.

Herr Weitnauer ist der Auffassung, für die schweizerische öffentliche Meinung würde ein Misserfolg der MBFR kaum einen Schock bedeuten.

Herr Hattersley ist zwar der Meinung, dass der grösste Teil der Engländer von den MBFR nicht gehört hat; es bestehe jedoch das unbestimmte Gefühl, dass sich die Beziehungen zwischen Grossbritannien und der Sowjetunion im Verlaufe der letzten Jahre verbessert haben. Umso grösser wäre dann die Ernüchterung bei einem Rückschlag.

3. Politische Zusammenarbeit der Neun und europäische Zusammenarbeit im Rahmen des Europarates

Herr Weitnauer bemerkt einleitend, dass Kontakte zwischen der E.G. und der Schweiz auf verschiedenen Ebenen bestehen, in materieller Hinsicht die direkten Kontakte in Brüssel, die sich auf das Freihandelsabkommen stützen; über politische Fragen finden Diskussionen im Europarat und anderen Gremien wie der OECD statt.

Bei der gegenwärtigen Tendenz zur Ausweitung der E.G. (Griechenland-Portugal-Spanien-eventuell noch weitere Staaten) könnten sich eines Tages die heutigen "Nicht-Neun" auf eine kleine Gruppe, vornehmlich neutraler Staaten beschränken. Wäre es denkbar, dass auch für diese spezielle Beitrittsbedingungen angeboten werden könnten? Die Bedeutung der Verteidigungsfragen für die Gemeinschaft legt eine negative Ausnahme nahe. Trotzdem bestehen viele gemeinsame Probleme, für deren Lösung ein geeigneter Begegnungspunkt geschaffen werden sollte.

Herr Jolles bemerkt, dass die Entwicklungsklausel (Art. 32 FHA) ausschliesslich auf vermehrte wirtschaftliche, nicht jedoch politische Zusammenarbeit anwendbar ist. Er ist der Ansicht, dass im Rahmen der notwendigen atlantischen Zusammenarbeit die OECD im Hinblick auf die Schaffung regionaler Gruppierungen an relativer Bedeutung gewinnen wird. Andererseits behandelt neuerdings der "Klub der Fünf", wie Rambouillet gezeigt hat, Probleme von zentra-

ler Bedeutung; auch diese Konzertationsmöglichkeit sollte sich jedoch auf alle westlichen Länder auswirken.

Herr Hattersley betont, nach seiner Auffassung gehe die Entwicklung der Gemeinschaft nicht in die Richtung, die sich ihre Gründer vorgestellt hatten. Einige versuchten weiterhin, das Rad zurückzudrehen. In realistischer Einschätzung der Lage gilt es vielmehr - zumindest für den Rest dieses Jahrhunderts - eine verhältnismässig lose Gruppierung ins Auge zu fassen, die vornehmlich wirtschaftlich ausgerichtet ist. Sie sollte die Konvergenz der Wirtschaften der einzelnen Mitgliedstaaten zum Ziel haben.

Es besteht dagegen ein unwiderstehlicher Druck für die Aufnahme neuer Mitglieder: der Beitritt Griechenlands ist so gut wie beschlossen - Spanien wird nachfolgen und nachher wahrscheinlich Portugal und die Türkei. So ist zu erwarten, dass in ca. 10 Jahren die Gemeinschaft kaum so einheitlich organisiert und supranational ausgerichtet sein wird, wie sich das Tindemans und van der Stoel noch vorstellen. In dieser Entwicklung ist die französische Angola-Anerkennung ein Wendepunkt gewesen. Eine politische Integration dürfte sich als schwierig erweisen. Sobald Probleme von einiger Wichtigkeit auf dem Spiel stehen, tritt das gemeinsame Interesse in den Hintergrund.

Zum Europarat ist zu sagen, dass dort die guten Vorsätze bestehen aber die soliden Strukturen fehlen. Er ist wichtig als Forum für Aussprachen über die verschiedensten Sachgebiete (vielleicht allzu viele). Einen namhaften Beitrag kann er jedoch nur in seinen ureigensten Bereichen leisten, etwa in der juristischen Zusammenarbeit. Er ist nicht der geeignete Ort für eine politische Zusammenarbeit, denn unter den Neun sind etliche Teilnehmer von der Notwendigkeit ausgedehnter bürokratischer Infrastrukturen für jegliche Zusammenarbeit überzeugt. Aus diesem Grund schiessen viele ehrgeizige Pläne des Generalsekretärs über das hinaus, was im Schosse des Europarates erreicht werden kann.

Herr Jolles kommt auf grundlegende Schwierigkeiten zu sprechen, die sich für uns aus dem weiteren Verlauf der Integrationsbemühungen der Gemeinschaft ergeben könnten. Da ist einmal die Frage der Entwicklungsklausel im FHA. Wir mussten uns zu dieser Ersatzlösung bequemen, als wir einsahen, dass wir mit unseren weitergehenden Vorstellungen einer "gestaltenden Mitbestimmung", die uns ein Konsultationsrecht gegeben hätte und über ein reines Freihandelsabkommen hinaus gegangen wäre, nicht durchdragen. Die Entwicklungsklausel kann jedoch solange keine Anwendung finden, als auf seiten der EG nicht die Voraussetzung für weitere Integrationsfortschritte geschaffen wird.

Des weiteren könnte sich die Verwirklichung der Idee der unterschiedlichen Integrationstempi ("two-tier-community") auf das Verhältnis der EG zu Drittstaaten negativ auswirken. Einerseits wären wir zwar gezwungen, mit den wirtschaftlich stärkeren Staaten auf den uns besonders interessierenden Märkten Schritt zu halten.

Andrerseits würden angesichts der gemeinschaftlichen Ziele weitere Vereinbarungen erschwert wenn nicht verunmöglicht. Die Schweiz hat alles Interesse am Ausbau eines integrierten europäischen Marktes mitzuwirken, aber dies sollte weiterhin im Rahmen gegenseitiger Konsultationen geschehen, wie dies bei der Behandlung wichtiger Fragen auf dem Gebiet des Versicherungsrechts, des Umweltschutzes und der thermonuklearen Fusionsforschung der Fall war.

Hinsichtlich der Schaffung einer Wirtschaftsunion haben bisher die Anstrengungen der Gemeinschaft eher bescheidene Resultate gezeitigt. Die währungspolitische Zusammenarbeit bietet eine gute Illustration der gegenwärtigen Lage: wir wären am Beitritt zur Währungsschlange interessiert. Ein Mitgliedland stellt sich jedoch auf den Standpunkt, dass zuerst die Währungsschlange in die Gemeinschaft eingebaut werden muss, bevor an einen Beitritt der Schweiz zu denken ist. Diese Haltung ist eigentlich erstaunlich, wenn man weiss, dass die Zeit drängt, um nach geeigneten Lösungen zu suchen.

Herr Hattersley geht im grossen und ganzen mit dieser Lagebeurteilung einig. Immerhin werden auf dem Gebiet des Flugzeugbaus gemeinschaftliche Anstrengungen unternommen; sodann gibt es die gemeinsame Agrarpolitik. Die Gemeinschaft ist bestrebt, interne Probleme auszugleichen. Dies gelang zum Beispiel mit der gemeinschaftlichen Rindfleischordnung: Dabei war es unmöglich, zusätzlich noch externe Diskrepanzen zu bereinigen. So entstehen neue Probleme im Verhältnis zu Drittstaaten: Grossbritannien ist jetzt von Rindfleischimporten aus den Oststaaten abgeschnitten und für Staaten wie Botswana, die fast ausschliesslich vom Rindfleischexport abhängen, bleibt der EG-Markt bedauerlicherweise verschlossen.

Die Idee einer "zweistöckigen" Gemeinschaft, wie diejenige des Direktoriums, haben keine Zukunft. Anlässlich der Gespräche Wilson-Schmidt und der Gespräche mit den Holländern war man sich darüber einig. Realistischer ist die Vision einer Vielfalt von Stufen ("a myriad of tiers"), wo eine differenzierte Zusammenarbeit stattfinden wird, nicht im Sinne eines dogmatischen Konzepts hingegen im Einklang mit der europäischen Wirklichkeit. Die britische Regierung ist der Auffassung, dass der Schlange keine fast mystische Bedeutung zukommen sollte; die ganze Frage muss pragmatisch und nicht - wie das etwa Brüssel und Frankreich tun - dogmatisch angegangen werden. So wie dies in der thermonuklearen Fusion und im Transportwesen bereits geschehen ist, sollte viel eher eine vermehrte Zusammenarbeit auf bestimmten Sachgebieten angestrebt werden. Hiezu sollte amn sich vorteilhaft des bereits bestehenden Instrumentariums auf dem Landwirtschafts- und Wirtschaftssektor bedienen. In den Beziehungen zur Dritten Welt sollten sich die EG ebenfalls vermehrt von pragmatischen Ueberlegungen leiten lassen, wenn auch mit der Lome-Konvention bereits ein quantitativer wie qualitativer Fortschritt erzielt wurde.

Herr Jolles: Es ist erfrischend zu hören, wie von britischer Seite Wert auf Pragmatismus gelegt wird. Um allfällige Missverständnisse auszuschalten, sei immerhin eine Korrektur angebracht: die Schwierigkeiten, welche der Schweiz im Hinblick auf einen Beitritt zur Währungsschlange in den Weg gelegt werden, stammen nicht etwa von Kommissionspräsident Ortoli, sondern die doktrinäre Haltung wird von einem Mitgliedstaat aus taktischen Gründen eingenommen. Dabei wäre es doch wichtig, einen Interessenausgleich herbeizuführen, der ja in einem "Europe à la carte" gar nicht stattfinden kann.

Herr Hattersley glaubt persönlich nicht an ein "Europe à la carte". Eine vorgefasste Idee von Europa besitzt gegenüber einem pragmatischen Vorgehen keine Anziehungskraft. Andere denken ähnlich, nur sagen sie es nicht so laut und offen wie wir es tun.

Herr Weitnauer: hier liegt gerade der springende Punkt. Es kann nicht einfach ein neues System geschaffen werden. Wir ziehen daraus die Schlussfolgerung, dass wir noch enger und aktiver zusammenarbeiten müssen, um das zu erreichen, was - gestützt auf den bereits vorhandenen Apparat - pragmatisch durchführbar ist.

Sir John stellt die Frage, ob sich die Schweiz im Hinblick auf die zu erwartende Erweiterung, aber gleichzeitige Lockerung der Gemeinschaft dannzumal nicht zu einem engeren Verhältnis zu den EG entscheiden werde.

Herr Weitnauer: das Wort "nie" existiert in der Politik nicht. Immerhin gilt es zu bedenken, dass ein Beitritt der Schweiz zu den EG unsere innerstaatlichen Einrichtungen und das Referendum, unsere Neutralitätspolitik sowie die landwirtschaftliche Versorgungsbasis berücksichtigen müsste.

4. Beziehungen Europa - Vereinigte Staaten

Es wird auf beiden Seiten festgestellt, dass dieses Thema weitgehend in die Ueberlegungen zu Punkt 3 der Traktandenliste einbezogen wurde. Die Wichtigkeit einer fortgesetzten Zusammenarbeit Europas mit den Vereinigten Staaten wird kurz noch einmal betont.

5. Probleme der Nord-Süd-Konferenz (CCEI)

Herr Jolles hebt drei Problemkreise zum Nord-Süd-Dialog hervor.

1. Problem der Haltung der Schweiz. Die Schweiz versucht, für die fünf Sprecher der Industrieländer gemeinsame Standpunkte zu erreichen, bevor die öffentliche Diskussion stattfindet. Für die finanziellen und monetären Fragen bieten sich die OECD-Strukturen

an [die 3 high-level Gruppen sowie das "Executive Comittee in Special Session" (ExCSS)]. Obwohl die Fortschritte langsam sind, sollten diese Gremien ermöglichen, Meinungsverschiedenheiten der Industrieländer in den Verhandlungen der CCEI zu vermeiden.

2. Es besteht eine Verantwortung gegenüber den nicht vertretenen Staaten, insbesondere gegenüber Oesterreich. Im Blick auf die auszuhandelnden Abkommen könnte auch für diese Kontakte das ExCSS gute Dienste leisten, insbesondere wenn die E.G. das nötige Verständnis dafür aufbringt.

3. Für die Energiefragen muss eine Koordinationsstelle geschaffen werden. Die Energiekommission der OECD könnte neu belebt werden. Es würde uns interessieren, die britische Haltung hinsichtlich des Plans einer Vertretung dieser Kommission in der Energieagentur zu erfahren.

Herr Hattersley: Grossbritannien ist diesem Koordinationsproblem auch begegnet als es versuchte, Gemeinschaftsregeln im Energiesektor anzuregen. Für die Haltung Frankreichs muss jedoch auch ein gewisses Verständnis aufgebracht werden.

Herr Zwahlen (soeben aus Paris zurück) teilt seine Eindrücke vom gegenwärtigen Stand der Arbeiten in den vier Kommissionen mit. Zur Zeit sind erfreulicherweise noch keine Konfrontationen aufgetreten. Aber Schlüsselfragen, wie Pressecommuniqués, oder die Form spezieller Resolutionen bleiben vorderhand noch offen, und könnten zu einer Verlängerung der ersten Runde führen, über die es vorderhand schwierig ist, einen Gesamtüberblick zu haben.

Herr Hattersley bestätigt, dass auch nach britischer Feststellung weniger offene Konfrontation entstanden ist, als man ursprünglich hätte annehmen können.

Herr Jolles möchte wissen, wie Grossbritannien aufgrund seiner grossen Erfahrung das Auftreten der Gruppe der 77 im Lichte der Entwicklung der letzten 2-3 Jahre beurteilt. Bis zu welchem Grad haben wir es mit einer homogenen Gruppe zu tun? Mit welcher Geisteshaltung gehen die Entwicklungsländer an das Ganze heran (dogmatisch-rhetorisch oder nicht)?

Herr Hattersley: die Wunschliste der "77" ist auch als Ritual mit teilweise unvernünftigen Forderungen zu betrachten, welche Ausdruck der "Neuen Wirtschaftsordnung" sein sollten. Es ist jedoch unmöglich, von den 77 als von einer einheitlichen Gruppe zu sprechen: Sie haben zwar aus taktischen Erwägungen alles Interesse daran, keine Meinungsverschiedenheiten aufkommen zu lassen. Sobald es jedoch darum gehen wird, über Probleme zu sprechen, an denen sie direktes Interesse haben, werden sie voraussichtlich schrittweise von ihrer gemeinsamen Haltung abweichen.

Herr Weitnauer: Alles wird in eine Verhandlung ausmünden. Deshalb wird viel vom Beschlussfassungsprozess der Gemeinschaft abhängen. Die Frage stellt sich, ob Mehrheitsbeschlüsse möglich werden, oder ob das Einstimmigkeitsprinzip beibehalten bleibt. Im Unterschied zur Kennedy-Runde sind wir jetzt in einer wirtschaftlichen Rezessionsphase und die USA befinden sich in einer schwächeren Position als damals.

Herr Hattersley: Es ist schwierig, die Prozedur der Beschlussfassung unter den Neun zu beschreiben. Zum Erfolg führt nur ein subtiles Vorgehen, das mehr auf passive Zustimmung denn auf aktive Unterstützung aller Beteiligten zielt. Der Luxemburger Kompromiss wird wohl in Kraft bleiben, da es seit dem Pariser Gipfel jedem Mitgliedstaat freisteht, selber zu entscheiden, welche Fragen von nationaler Bedeutung sind und somit die Einstimmigkeit verlangen. Immerhin darf man hoffen, dass sich beim praktischen Zusammenleben der Neun eine Gemeinschafts-Persönlichkeit entwickeln wird.

Herr Weitnauer: Alle Beteiligten an der CCEI müssen lernen, die Zusammenarbeit zu pflegen; nach Kompromissen im Schosse der Neun sollten diese auch mit den anderen Industriestaaten abgestimmt werden.

Herr Hattersley sieht bei einem solchen Vorgehen allerdings die Gefahr, dass nur der kleinste gemeinsame Nenner erreicht wird.

Herr Jolles weist auf die Bedeutung der Gespräche in der OECD hin, wo auch über abweichende Standpunkte gesprochen wird, ohne Indiskretion. In diesem Sinne wünscht die Schweiz auch vertiefte Aussprachen mit der E.G. und hofft dabei auf britische Unterstützung.

Herr Hattersley will sich nach Möglichkeit dafür einsetzen.

6. V e r s c h i e d e n e s

Herr Weitnauer kommt auf die Frage der Anerkennung der MPLA in Angola zu sprechen und kann in diesem Zusammenhang seinen Gesprächspartnern die aktuelle Mitteilung machen, dass Grossbritannien gleichentags um 14.00 Uhr Greenwich-time die MPLA anerkannt hat und dass nur Stunden später die Schweiz ebenfalls ihre Anerkennung nach Luanda gekabelt hat.

Herr Hattersley dankt für die Information. Beim gegenwärtigen Stand der Dinge in Angola sind nach britischer Auffassung die Anerkennungskriterien (Existenz einer de-facto-Regierung, welche die souveräne Herrschaft über einen Grossteil der Territoriums und der Bevölkerung ausübt) erfüllt, wobei jedoch in London über diesen Schritt niemand recht froh ist. Zur Stunde ist auch ungewiss, ob der britische Aussenminister die Ankündigung der Aner-

- 11 -

kennung nicht eventuell mit einigen Bemerkungen zur kubanischen Einmischung verbinden wird. Innerhalb der Neun wurde versucht, die gemeinsame Anerkennung mit einem Versuch zu verbinden, um Angola eine Sicherheitszone einzurichten. Frankreichs Vorprellen hat diesen Versuch vereitelt.

Im übrigen würden wir gerne die schweizerische Auffassung zur politischen Zukunft Spaniens vernehmen, insbesondere was die Rolle der Armee anbetrifft. Für London ergeben sich mit diesem Land vorwiegend zwei Probleme: Gibraltar und die Tatsache, dass Spanien Schwierigkeiten hat, sich vom 40-jährigen Franco-Regime zu erholen.

Herr Weitnauer betrachtet die Entwicklung in diesem Land mit vorsichtigem Optimismus. Wie in London vom seinerzeitigen spanischen Botschafter Fraga Iribarne zu erfahren war, ist das Spanien der Siebzigerjahre mit seinem recht gut etablierten Mittelstand nicht mehr mit dem Spanien aus der Zeit des Bürgerkriegs vergleichbar. Wir sollten es der dortigen Regierung so viel wie möglich erleichtern, sich durchzusetzen, was ähnlich auch für Portugal gilt. Nach der gleichen Quelle ist die spanische Armee ein verlässlicher Faktor und eine treue Dienerin ihrer Regierung, wenigstens solange kein kommunistisches Element darin in Erscheinung tritt.

* * *

Herr Weitnauer dankt Herrn Hattersley für seinen Besuch und den substantiellen Gedankenaustausch. Im Rahmen der längerfristigen Politik sind in Zukunft vermehrte Kontakte zwischen unseren beiden Ländern sehr zu begrüßen.

Herr Hattersley ist ganz dieser Auffassung und hofft, dass sich ein ähnliches Zusammentreffen in London wird wiederholen lassen.

sig. K. Wyss